

Bochum, den 1. Februar 2022

An die  
Bochumer Abgeordneten  
im Deutschen Bundestag

Betr.: Impfpflicht und gesellschaftliche Ausgrenzung in der Coronapandemie

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir sind Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum. Seid Jahrzehnten engagieren wir uns in dieser Stadt politisch und ehrenamtlich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, da wir basisdemokratische Prozesse für den Kern einer echten Demokratie halten. Etliche von uns sind in sozialen, versorgenden und therapeutischen Berufen tätig, wo wir uns dem Wohl und den Bedürfnissen unserer Klient\*innen und Patient\*innen verpflichtet fühlen.

Angesichts der von breiten Teilen der politischen Vertreter\*innen beabsichtigten Einführung der Impfpflicht wenden wir uns in großer Sorge an Sie. Sie vertreten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bochum im Deutschen Bundestag, als solche werden Sie mitverantwortlich sein für die dort geführte Diskussion zu diesem Thema und die gefällten Beschlüsse.

Niemand von uns bezweifelt die Existenz von Sars-CoV-2, die von diesem Virus hervorgerufene Erkrankung Covid19 und die in einem bestimmten Prozentsatz schweren bis tödlichen Verläufe dieser Krankheit. Wir sind keineswegs fundamentalistische Impfgegner\*innen oder – verweiger\*innen, unter den Unterzeichnenden finden sich Menschen mit und Menschen ohne Covid19- Impfung.

Was uns verbindet ist die tiefe Überzeugung, dass es in einer so komplexen gesellschaftlichen Krise, wie sie die Coronapandemie mit ihren vielfältigen Auswirkungen bis in die letzten Winkel aller Lebensbereiche darstellt, nicht nur eine einzige Lösung geben kann und darf. Die Behauptung, Maßnahmen seien ‘alternativlos’, ist für uns Ausdruck eines autoritär geprägten Verständnisses von Wissenschaft, Staat und Gesellschaft. Denn sie lässt den Menschen keinerlei Spielraum, in ihrem eigenen sozialen und privaten Kontext passende und angemessene Lösungen zu entwickeln. Mit Verweis auf eine kleine Minderheit verantwortungsloser und egoistischer Menschen wird eine ganze Gesellschaft entrechtet und bevormundet, werden Widerspruch gegen die angeordneten Maßnahmen und Kritik an Einschätzungen des RKI und anderer, der Öffentlichkeit bekannt gewordener Expert\*innen desavouiert und reflexartig als politisch ‘rechts’ eingeordnet.

Auch hier zur Klarstellung: Es geht nicht um ‘alternativ facts’, auch sprechen wir den o.g. Fachleuten nicht ihr Wissen, ihre Kompetenz, ihre Integrität innerhalb ihrer jeweiligen Forschungsbereiche ab, schon gar nicht ihre Sorge. Wir verweisen jedoch darauf, dass es seit

Pandemiebeginn eine Vielzahl nicht minder qualifizierter, kompetenter Wissenschaftler\*innen in Deutschland und weltweit gibt, die fundiert andere wissenschaftliche Positionen vertreten, als die hierzulande von den maßgeblichen Entscheidungsträger\*innen bevorzugt aufgegriffenen. Angesichts eines neuen Virus kann das gar nicht anders sein. Wir alle befinden uns in einem täglichen Lernprozess, werden mit widersprüchlichen und in Deutschland durchaus auch fehlenden grundlegenden Forschungsergebnissen konfrontiert, wir machen unterschiedlichste Erfahrungen mit der Pandemie und der Wirksamkeit medizinischer und gesellschaftspolitischer Gegenmaßnahmen.

Dementsprechend treten wir bei der Bewältigung von Corona für das Ausloten und Ausprobieren von Möglichkeiten und Strategien ein, die dem Disput der Wissenschaft, der Vielfalt der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, ihren unterschiedlichen Überzeugungen und Lebensentwürfen und der unterschiedlichen Gefährdung durch die Krankheit gerecht werden. Auch wenn uns Verfechter\*innen des Neoliberalismus seit Jahrzehnten den egoistischen, nur am eigenen Wohl interessierten Konsumenten als quasi natürliche menschliche Daseinsform predigen, vertrauen wir darauf, dass die allermeisten Menschen gerade in Krisensituationen auch ohne Order von oben solidarisch mit einander umgehen, sich helfen und auf ihre Nächsten achten.

Die Älteren unter uns erinnern sich gut daran, dass es einst angeblich keine Alternative zur Atomenergie, keine Alternative zur heterosexuellen Paarbeziehung, zur vermeintlich biologisch begründeten gesellschaftlichen Stellung der Frau gab. Heute wissen wir, dass es selbstverständlich zu all dem realisierbare Alternativen gab und gibt. Diese Alternativen materialisieren sich nicht aus dem Nichts. Sie werden im politischen Feld entwickelt, verworfen und verändert, sie müssen in und außerhalb der Parlamente diskutiert, erkämpft und realisiert werden.

Aufgrund dieser Überzeugungen und Erfahrungen lehnen wir die Einführung einer Impfpflicht kategorisch ab. Wir erinnern daran, dass eine Impfung juristisch und faktisch ein medizinischer Eingriff im Sinne einer Körperverletzung ist. Diese wird nur dann nicht strafrechtlich verfolgt, wenn die zu impfende Person nach ausführlicher und verständlicher Aufklärung eine freiwillige Einverständniserklärung unterschreibt. Schon jetzt wird täglich gegen nahezu alle diese Voraussetzungen verstoßen. Eine sorgfältige und umfassende Aufklärung findet selten statt. Von Freiwilligkeit kann bei vielen Menschen, die angesichts der vielen Einschränkungen und Ausschlussmechanismen gegen 'Ungeimpfte' noch irgendwie ihren Alltag bewältigen müssen, keine Rede sein.

Wir wissen heute unbestritten, dass die bisherigen, weiterhin nur bedingt zugelassenen Impfstoffe weder zuverlässig vor einer Sars-CoV-2-Infektion schützen noch vor einer Weitergabe der Infektion an andere Menschen, auch nicht nach einer dritten Impfung. Sie bewirken keine sterile Immunität. Damit sind sie genau nicht "der einzige Ausweg aus der Pandemie" wie bislang mantraartig verkündet, sondern eine von mehreren, an unterschiedlichen Punkten ansetzenden Möglichkeiten. Die Impfstoffe bewirken in der Regel einen guten individuellen Schutz vor schweren Krankheitsverläufen und Covid19-Todesfällen. Deshalb sollten sie all den Menschen, die diesen Schutz für sich und/oder ihre Angehörigen wünschen, leicht und unkompliziert zugänglich gemacht werden. Niemand darf jedoch zu dieser Impfung gezwungen werden. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung muss unangetastet bleiben.

Menschen haben vielfältige Gründe sich sowohl für als auch gegen die Impfung zu entscheiden, und niemand sollte sich anmaßen, darüber abwertend oder verächtlich zu urteilen. Insbesondere ist es unzulässig, die Folgen der jahrzehntelang politisch gewollten Ökonomisierung des Gesundheitswesens mit seinen massiven Personaleinsparungen heute den 'Ungeimpften' zuzuschreiben. Sie fallen allein in die Verantwortung der Politik und der beteiligten Lobby- und Berufsverbände.

Nicht zuletzt möchten wir zu bedenken geben: Die Ankündigung verschiedener, durch keinerlei Evidenz begründeter Impfpflichtvarianten sowie der von einem Tag auf den anderen verkürzte 'Genesenenstatus' erzeugen in zunehmendem Maße den Eindruck staatlicher Willkürakte, die mit einem demokratischen Rechtsstaat nicht vereinbar sind. Sie bestätigen, was vorangegangenen Corona-Regelungen bereits innewohnte. Ein Gemeinwesen, das einen Teil seiner Bürgerinnen und Bürger – allein weil sie ein (noch) verbrieftes Grundrecht wahrnehmen – mit Formen des sozialen Ausschlusses, Arbeitsverlust, persönlicher Diskriminierung und einem kontinuierlichen Rechtfertigungsdruck bestraft, verliert seine politische Legitimation.

Sollte das Parlament dennoch für eine Impfpflicht stimmen und die Regierung sie – nebensächlich mit welchen Mitteln – umsetzen, fürchten wir, dass sich eine beträchtliche Anzahl von Menschen in diesem Land nicht mehr zuhause fühlen wird. Schon jetzt stellen wir in unserem Umfeld fest, dass sich politisch aktive und gesellschaftlich engagierte Bürger\*innen zurückziehen angesichts einer Polarisierung der Gesellschaft, von der antidemokratische Kräfte profitieren.

Daher bitten wir Sie eindringlich: Stimmen Sie gegen eine Impfpflicht, auch die berufsbezogene! Setzen Sie sich für die Aufhebung epidemiologisch sinnloser Beschränkungs- und Ausschlussmaßnahmen ein! Tragen Sie damit zu einer Versöhnung der bedrohlich gespaltenen Gesellschaft bei! Die AfD darf im Bundestag nicht das wesentliche Angebot zur politischen Vertretung der Menschen sein, die für sich eine Impfung ablehnen!

Mit freundlichen Grüßen